

Der sächsische Erzähler,

Zageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Scheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag und ist einschließl. der Mittwochs und Samstagabends erscheinenden „Bellatrischen Beilage“ bei Abholung vierteljährlich 1. 50 J., bei Bestellung ins Haus 1. 70 J., bei allen Postanstalten 1. 50 J. exklusiv Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer der Zeitungspreisliste 6587.

Veranstaltungen Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Reklamezeile 30 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Rückzahlung eingesandter Manuscripte usw. keine Gewähr.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bädermeisters Ernst Emil Tittel in Burkau wird nach Abhaltung des Schlußtermines hierdurch aufgehoben.

Bischofswerda, den 19. August 1909.

Königliches Amtsgericht.

September

Monats-Abonnements auf den täglich erscheinenden „Sächsischen Erzähler“ erbiten wir zu erneuern. Derselbe kostet bei sämtlichen Zuträgern ausschließlich der Zustellungsgebühr wie bisher für einen Monat 50 Pfennig.

1909.

Bierkriege in Deutschland.

Es war vorauszu sehen, daß die Erhöhung der Biersteuer zu schweren Unzuträglichkeiten zwischen den Brauereien und Gastwirten auf der einen und den Biertrinkern auf der anderen Seite führen würde, und so ist es denn in Deutschland bereits an verschiedenen Orten zu einem Bierkrieg gekommen. In Leipzig hat am 17. August der Verein der Gastwirte den Kampf gegen die Brauereien beschlossen, weil die Leipziger Gastwirte die Biersteuer nicht allein tragen wollen, sondern verlangen, daß auch die Brauereien ungefähr den dritten Teil des Steueraufschlages übernehmen sollen. Man will in Leipzig in dieser Frage nötigenfalls sogar Prozesse gegen die Brauereien führen. In anderen deutschen Städten haben wiederum die Biertrinker große Versammlungen abgehalten, um gegen die Erhöhung des Bierpreises zu protestieren, und in Lübeck hat sogar eine große Volksversammlung beschlossen, alle diejenigen Gastwirtschaften nicht zu besuchen, welche den Bierpreis erhöhen, und es scheint in Lübeck die Mehrheit der Biertrinker auf dem Standpunkt zu stehen, daß die Brauer und Wirte die neue Biersteuererhöhung allein tragen sollen. Wir finden also in der Frage der Biersteuer die größten Gegensätze in vielen deutschen Städten, indem bald die Brauer verlangen, daß die Gastwirte und die Biertrinker die Steuer allein bezahlen sollen, bald aber die Biertrinker fordern, daß die Brauer und Wirte die erhöhte Steuer allein tragen möchten. Interessant ist es, daß der Weißbierkrieg in Berlin und Umgegend durch eine Einigung der Vorstände des Deutschen Gastwirtsverbandes, der Berliner Gastwirts-Innung und des Verbandes der Gastwirte für Berlin und die Provinz Brandenburg beigelegt worden ist, und zwar besagt diese Einigung, daß künftig die kleine Weiße 13 Pfennig und die große Weiße 25 Pfennig kosten soll. Die Wirte haben sich also nach langen Debatten für eine Erhöhung des Weißbierpreises entschlossen, und damit die Steuer auf die Weißbiertrinker abgewälzt, und ist es im hohen Grade wahrscheinlich, daß die Bierkriege in Deutschland ein ähnliches Ende nehmen werden, da der Deutsche Gastwirtsverband ja auch der Erhöhung des Weißbierpreises zugestimmt hat. Am schwierigsten ist noch die Frage des Preises für das bayerische Bier in den meisten deutschen Städten, da bisher in Berlin, Stettin, Hamburg, Hannover, Dresden und Leipzig und wohl auch in vielen anderen deutschen Städten

eine Einigung zwischen den Brauereien und den Gastwirten nicht stattgefunden hat. Vielsach wird auch die Bierpreisfrage durch ein Stückchen Schläuheit seitens der Gastwirte dadurch geregelt, daß man kleinere Biergläser einführt, aber den alten Bierpreis beibehält. So soll in Leipzig künftig der Preis des Lagerbieres 15 Pfennige für 0,4 Litergläser betragen. Das bedeutet eine Erhöhung des Bierpreises um 20 Prozent, und es ist sehr leicht möglich, daß dadurch der Bierverbrauch eine wesentliche Einschränkung erfahren wird, da viele Biertrinker nicht geneigt sein dürften, für ihren Bierbedarf mehr Geld als bisher auszugeben. Interessant kann es in Lübeck und an anderen Orten werden, wenn ein großer Teil der Biertrinker wirklich streikt, oder doch alle diejenigen Lokale nicht besucht, in denen der Bierpreis erhöht worden ist. Man wird da, noch seltsame Dinge erleben können. Allzulange dürften die Bierkriege aber nicht dauern, da der Durst der Trinker schwer für längere Zeit zu überwinden ist und schließlich wird man sich mit saurer Miene an die erhöhten Bierpreise oder an die kleiner gewordenen Biergläser in Deutschland gewöhnen müssen.

Deutsches Reich.

Der Kaiser und die Kaiserin und der Prinz Oskar, sowie auch die Kronprinzessin von Griechenland mit ihren Söhnen den Prinzen Alexander und Georg weilen seit Sonntag nachmittags auf Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel. Am Sonntag abend ist auch der deutsche Botschafter v. Wolff-Metternich aus London in Schloß Wilhelmshöhe eingetroffen und hat am Montag dem Kaiser einen diplomatischen Bericht erstattet. Es kann sehr leicht der Fall sein, daß dieser Besuch des Botschafters v. Wolff-Metternich mit einem neuen englischen Abrüstungsvorschlag zusammenhängt, denn die mit der englischen Regierung in nahen Beziehungen stehende „Westminster Gazette“ bringt schon wieder einen Artikel über die gegenseitige Einschränkung der Flottenbauten, und meint, daß es das beste sei, die gegenseitigen Aufreizungen zu vermeiden, dann würde man auch in der Praxis Maßregeln treffen können, um die Rüstungen etwas zu beschränken. Der Kaiser und die Kaiserin werden am Montag, den 6. September, nachmittags 3 Uhr in Stuttgart eintreffen und im königlichen Schloß Wohnung nehmen. Am selben Tag treffen in

Stuttgart ferner ein der König von Sachsen, als Vertreter des Prinz-Regenten von Bayern Prinz Ludwig von Bayern, als Vertreter des Kaisers von Oesterreich Erzherzog Friedrich von Oesterreich, ferner der deutsche Kronprinz, Prinz Eitel-Friedrich von Preußen, Prinz Johann Georg von Sachsen und der Fürst von Hohenzollern.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg befindet sich zurzeit auf seiner Besitzung Hohenfinow zum Landaufenthalt, er leitet von dort aus die politischen Geschäfte, denn der Gesandte von Florentin und mehrere Beamte sind mit dem Reichskanzler in Hohenfinow eingetroffen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts Vermuth hat am Montag in Bremen unter Mitwirkung des Geheimen Reigerungsrats Rheinboldt die Mitglieder des neu gegründeten Prüfungsamts für Tabakverwertung in ihre Tätigkeit eingeführt. Die Eröffnung des Prüfungsamts erfolgte im Bremer Senatshaus in Gegenwart des regierenden Bürgermeisters von Bremen.

Die Reichstagsabgeordneten bei Zeppelin. Dem Besuch der Reichstagsabgeordneten beim Grafen Zeppelin in Friedrichshafen geht am 6. September ein kurzer Besuch der Stadt Ulm voraus. Bis jetzt sind 110 Reichstagsabgeordnete angemeldet.

In der Verwaltung der Reichseisenbahnen werden nach preussischem Muster eine Anzahl Reformen eingeführt und spätestens vom 1. Oktober d. Js. in der Praxis angewandt. Bekanntlich werden diese Reformen vorzugsweise dem Eisenbahnwesen in Elsaß-Lothringen zugute kommen.

Da sich in den Kreisen der alten deutschen Krieger, welche an den Feldzügen teilgenommen haben, über den Veteranenehrensold vielfach irrtümliche Anschauungen kund gegeben haben, so sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Reichstag das Gesetz über den Veteranenehrensold nach dem Antrage des Grafen Oriola (Mitglied der national-liberalen Partei) angenommen hat, daß aber die betreffenden Anträge auf die Gewährung eines Veteranenehrensoldes deshalb noch nicht berücksichtigt werden konnten, weil der Bundesrat das Gesetz noch nicht erledigt hat. Wahrscheinlich wird der Bundesrat die Bestätigung bis zum Herbst aussprechen, und dann werden die unterstützungsbedürftigen Kriegsteilnehmer, welche über 60 Jahre alt sind und ein Einkommen von weniger als 600 M im Jahre haben, eine jährliche Unterstützung von 120 M aus der Reichskasse erhalten.

Da zwischen dem Deutschen Reich und Rußland nur drei Eisenbahnlinien eingerichtet sind, so ist jetzt zwischen mehreren deutschen und russischen Städten an der Grenze ein Automobilverkehr eingerichtet worden. Die russischen Behörden haben es natürlich nicht an Schikanen fehlen lassen, um den Verkehr der von deutschen Städten kommenden Automobile zu verhindern. So sollten diese Automobile stets mit Zollgebühren und Revisionen von den russischen Zollbeamten schikaniert werden. Auf energische Reklamation in Petersburg ist dieser Uebelstand aber nun beseitigt worden.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches wird in dem neuen „Statist. Jahrb. für das Deutsche Reich“ nach dem Stand um Mitte d. J. auf